Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Herausgeber: Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Band: 130 (1952)

Artikel: Die Beziehungen zwischen den beiden Halbkantonen Basel seit deren Trennung

Autor: Grieder, Fritz

Kapitel: II.: 1865-1900

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006909

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

II. Teil: 1865—1900

Gegenseitige wirtschaftliche Ergänzung

Wer sich in unsere Landesgeschichte der letzten hundert Jahre vertieft, wird den gewaltigen, alles umfassenden wirtschaftlichen Aufstieg, der dieser Epoche geradezu das Gepräge verleiht, nicht übersehen können. Ueberlegungen wirtschaftlicher Art begannen in der Mitte des 19. Jahrhunderts auch in der Schweiz das politische Feld, wie auch das private und öffentliche Leben überhaupt, zu beherrschen. Wenn es dazu noch eines besonderen Beweises bedürfte, so könnten ihn sicherlich die Beziehungen zwischen den beiden Basel in diesem Zeitabschnitt liefern, denn ihre Gestaltung lässt so deutlich wie vielleicht nirgends sonst den Primat der Wirtschaftspolitik erkennen. Vergessen blieben die politischen Streitigkeiten, die, auf ideologischem Grund gewachsen, durch Jahrzehnte hindurch das Verhältnis zwischen den beiden Halbkantonen vergiftet hatten. Ein neues, merkantiles Denken, wie es Gottfried Keller in seinem «Martin Salander» geisselte, liess für solche «unnützen» Auseinandersetzungen keinen Raum mehr; ja, es führte sogar die entzweiten Brüder auf anderer Ebene wieder zusammen. Diesen Wandel einer menschlichen Gesinnungsänderung allein zuschreiben zu wollen, wäre sicher falsch. Erst die günstigen Voraussetzungen auf universalem wie auf schweizerischem Gebiet, nämlich der fast allgemeine Sieg des Freihandelsgrundsatzes und die Niederreissung der innern Schranken, ermöglichten und begünstigten die neue, übrigens nicht ungefährliche Entwicklung.

Hatten die beiden Basel bisher wirtschaftlich zur Hauptsache bloss nebeneinander gelebt, so wurden sie jetzt ein einziger Wirtschaftskörper, dessen einzelne Teile sich gegenseitig ergänzten. Voraussetzung dieser Vereinigung waren zweifellos die neuen Verkehrsmittel, die Eisenbahn und später das Automobil, die sich sehr rasch als unentbehrliche Verbindungsfaktoren erwiesen. Zur mächtigen Wirtschaftszentrale aufsteigend, zog die Stadt die nähere Umgebung immer stärker in ihren Bann und schaffte sich in der Landschaft ein eigentliches Hinterland, auf das sie um so mehr angewiesen war, als die Landesgrenzen nach zwei Seiten hin die wirtschaftliche Weiterentwicklung Basels wenn nicht ganz verhinderten, so doch erschwerten. Unter diesen Umständen veränderte sich nicht nur das Gesicht der Stadt gründlich, sondern auch der Kanton Baselland erlebte einen tiefgreifenden wirtschaftlichen, politischen und bevölkerungsmässigen Strukturwandel im Sinne einer Anpassung an die städtische Entwicklung.

Wirtschaftlichen Gewinn zog Basel vor allem aus einer bedeutenden Verbreiterung seiner industriellen Basis; [52]) parallel dazu zeigte sich wie überall eine immer stärkere Konzentration auf einige wenige international verflochtene Grossbetriebe. Wo zunächst die Bandfabriken sozusagen allein das Feld beherrscht hatten, entwickelten sich nun neue Industriezweige, zum Teil aus der Textilindustrie heraus, wie die Farbenproduktion, zum Teil auf eigenständiger Grundlage, wie die Maschinenindustrie. Bei zwar noch steigendem Absatz

und zunehmender Arbeiterzahl verringerte sich die Zahl der Bandfabriken von 63 (1847) auf 19 (1880); dann aber trat die grosse, durch die Mode bedingte Stagnation in der Seidenbandfabrikation ein, und die neuern Industriezweige, nämlich die chemische Industrie, damals noch auf Farbenproduktion spezialisiert, dann auch die metallurgische Gruppe rückten nun mehr und mehr in den Vordergrund. Das industrielle Basel wuchs jetzt zusehends in das höchst krisenempfindliche Getriebe der internationalen und interkontinentalen Arbeitsteilung hinein.

Dieser Erweiterung der Industriebasis entsprach die äusserst rasche Vergrösserung Basels, bezogen sowohl auf die bebaute Fläche wie auch auf die Einwohnerzahl; diese stieg zwischen 1860 und 1900 um beinahe 200% von rund 38 000 auf 109 000, nicht hauptsächlich als Folge des Geburtenüberschusses, sondern wegen der stark anschwellenden Zuwanderung von Arbeitskräften für Industrie und Baugewerbe. Die neu erstehenden Aussenquartiere beanspruchten immer grössere Teile des Raumes zwischen den ehemaligen Stadtmauern und der Kantons- und Landesgrenze.

Welche Veränderungen vollzogen sich in Baselland, sozusagen im Vorfeld der mächtig ausgreifenden Stadt? Was sich hier im Laufe von dreissig Jahren abspielte, veränderte das Gesicht der Landschaft Basel gründlicher, als dies die Entwicklung früher durch mehrere Jahrhunderte hindurch hatte erreichen können.[53]) Zunächst sind in Baselland zwei verschiedene Wirtschaftsräume zu unterscheiden, die beide auf ihre besondere Art mit der Stadt verbunden waren. Zum ersten gehören das ganze Unterbaselbiet und die an den Verkehrswegen, vornehmlich Eisenbahnlinien, gelegenen Gemeinden im übrigen Kantonsteil. Hier verursachte die Fabrikindustrie als dezentralisierter städtischer Seidenband-Filialbetrieb innert kürzester Frist einen rapiden Rückgang der bisher weitverbreiteten Posamenter-Heimindustrie; ja, in den stadtnahen Gemeinden, wo sich den Berufstätigen Arbeitsmöglichkeiten in städtischen Betrieben boten, wurde Heimarbeit geradezu zur Ausnahme. (Im ganzen Bezirk Arlesheim zählte man um die Jahrhundertwende noch knapp 100 Seidenband-Heimarbeiter.) Dazu erleichterte der Ausbau des städtischen Kreditsystems, die Gründung von Grossbanken im Zusammenhang mit der ständigen Ausdehnung der Basler Industrien, die Schaffung eigenständiger Baselbieter Industrien, deren Standort durch brachliegende Arbeitskräfte (1853: Uhrenindustrie im Waldenburgertal) oder aber auch durch Kombination von Rohstoff- und Konsumorientierung nach der Stadt hin bestimmt wurde (Ziegeleien in Allschwil und Oberwil, Chemische Fabrik Schweizerhalle).

Die vermehrte Industrialisierung zog in diesem Teil des Baselbietes auch eine grundlegende Strukturveränderung der Landwirtschaft nach sich.[54]) Wo bisher im Vertrauen auf den einträglichen Verdienst aus der Heimarbeit der Boden ziemlich extensiv bebaut worden war, stellten sich die Bauern, denen es an Arbeitskräften zu fehlen begann, zusehends auf intensive, zum Teil mechanisierte Graswirtschaft um. Die Selbstversorgung trat damit in den Hintergrund; Hauptziel der bäuerlichen Beschäftigung wurde nun die Versorgung des kaufkräftiger werdenden Konsumentenzentrums Basel mit Milch, Obst und Gemüse. Die Milchproduktionsgenossenschaften als Selbsthilfeorganisationen bekamen die Aufgabe, den Absatz zu sichern und auch möglichst billige Futtermittel zu beschaffen. Je grösser die Stadt wurde, desto mehr erweiterte sich der Umkreis, aus dem Milchlieferungen herangezogen werden mussten. So blühten im industrialisierten Teil Basellands die beiden Haupterwerbszweige, Landwirtschaft und Industrie, sich in ihrer Bedeutung die Waage haltend,

nebeneinander; weniger in den stadtnahen Gemeinden als in den etwas entfernteren Dörfern berührten sich Bauernbetriebe und Fabrikgebäude oft als Nachbarn und legten Zeugnis ab von einer gewissen wirtschaftlichen Gleichgewichtslage.

Die Entwicklung liess indessen für die weitere Zukunft eindeutig zunehmende Industrialisierung, schliesslich ein baldiges Uebergewicht dieser Wirtschaftsgruppe im Unterbaselbiet wenigstens erwarten. 1882 zählte man in Baselland bereits 39 dem eidgenössischen Fabrikgesetz unterstellte Betriebe, meistens Textilindustrie, mit 2623 Arbeitern; zwanzig Jahre später hatte sich die Zahl der Fabriken mit 105 schon beinahe verdreifacht; ihre Arbeiterzahl belief sich nun auf 5379.

Anders gestalteten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den abseits gelegenen Talgemeinden (z. B. Reigoldswil) und in den Plateaudörfern (z. B. Anwil [55])). Als ob andernorts verlorengegangenes Terrain zurückgewonnen werden müsste, strebte hier die Heimarbeit-Seidenbandweberei in der Zahl der Webstühle wie auch in der Arbeitsleistung einem neuen Höhepunkt zu; je weiter die Dörfer von der Stadt und den zu ihr führenden Verkehrswegen abseits lagen, desto einseitiger blieben sie auf die Heimarbeit eingestellt. In einzelnen Gemeinden stieg die Zahl der Posamenter bis auf 70% aller Berufstätigen. Die Gesamtlohnsumme aller Heimarbeiter in Baselland schwankte um die Jahrhundertwende je nach Beschäftigungsgrad zwischen zwei und vier Millionen Franken jährlich bei einer Arbeiterzahl von gegen 6000. Unter dieser Einseitigkeit litt die Landwirtschaft so sehr, dass diese Bauerndörfer sogar für ihre Selbstversorgung des öftern Mehl von auswärts einführen mussten. Da sich die ganze Familie in den Dienst der Basler Bändelherren stellte, blieben die Felder vernachlässigt und trugen knapp so viel ein als zur eigenen Ernährung nötig war. Wer in der Posamenterei als Arbeitskraft überzählig war, dachte wohl eher an Auswanderung nach der Stadt oder nach Uebersee, als an die Möglichkeit, in der Landwirtschaft sein Auskommen zu finden.

Schliesslich darf nicht übersehen werden, dass sich die Aufwertung der städtischen Verkehrslage auch auf Baselland stark auswirkte. In die weltoffene Rheinlandschaft zwischen Jura, Vogesen und Schwarzwald eingebettet, am Berührungspunkt dreier Länder gelegen, strebte die Stadt noch mehr als bisher nach internationaler Wirtschaftsverflechtung. Seit dem Anschluss Basels an das interkontinentale Eisenbahnnetz und der damit verbundenen Stärkung der Exportindustrie blühten hier zahlreiche Handels- und Transportunternehmen auf, die, ähnlich wie die Industrie, viele Arbeitskräfte aus der näheren und weiteren Umgebung an sich zogen. Es versteht sich, dass die basellandschaftlichen Gemeinden, soweit sie an den schweizerischen Zufahrtsstrassen nach dem Handelszentrum am Rhein liegen, vom Verkehrsaufschwung bedeutend profitierten, freilich anderseits auch erhöhte Lasten für Strassenbau und -unterhalt übernehmen mussten.

Neue, meist von Basel aus führende Bahnlinien erschlossen weitere Teile Basellands dem lokalen und dem nationalen Verkehr, so die Bözberglinie und die Jurabahn (beide 1875), ferner als Schmalspurstichbahnen die Waldenburgerbahn (1880) und die Birsigtalbahn (1887). Dass diese Bahnbauten die gedeihliche Entwicklung der eigenständigen Industrien weitgehend förderten, ist aus der Industriestatistik Basellands klar ersichtlich.

Die Bevölkerungsbewegung

So trocken auch nackte statistische Zahlen sonst wirken müssen, im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Umstellung Basels und seiner Umgebung zeichnen sie das überaus lebendige Bild einer erstaunlichen Entwicklung. Nichts könnte besser zeigen, wie tiefgreifend die ökonomische Neuorientierung sich auch in Baselland auswirkte, als die gewaltige Bevölkerungsverschiebung, die sich in der Jahrhundertmitte anbahnte und dann bis in die Gegenwart fortsetzte. Die aufblühende Stadt vermochte eine derartige Anziehungskraft zu entwickeln, dass sich ein eigentlicher Menschensog bis auf eine Distanz von rund 40 km vom Zentrum entfernt bemerkbar machte. Daraus ergab sich eine nach Basel gerichtete Wanderbewegung, deren Resultate an drei Punkten festzustellen waren: zunächst in Basel selbst, dann im Unterbaselbiet allgemein, vornehmlich aber in den Vororten, die wie die Stadt provisorisches oder definitives Wanderziel sein konnten, und schliesslich im übrigen Baselbiet als dem Abwanderungsreservoir. Unübersehbar sind noch heute die sozialen, politischen und kulturellen Folgen dieser Landflucht, einer allgemein schweizerischen Erscheinung, die gegenwärtig viel zu reden gibt.

Basel bot zwischen 1865 und 1900 das Bild einer Stadt, die nach jahrzehntelanger Isolierung nun auch bevölkerungsmässig in die Eidgenossenschaft hineinwuchs, sich neuen Einflüssen öffnete und ihre urbane Eigenart bis zu einem gewissen Grad einbüsste.[56]) Tausende und Abertausende wanderten in diesem Zeitraum als begehrte Arbeitskräfte in die Stadt ein, um hier definitiven Wohnsitz zu nehmen oder aber um nach wenigen Jahren von hier aus wieder in die basellandschaftlichen Vororte zur endgültigen Niederlassung abzuwandern. Diese zweite Gruppe betrifft vor allem die zahlenmässig weniger bedeutenden Zuwanderer aus der Ferne, hauptsächlich Schweizer aus entferntern Kantonen und Italiener, während die Neuankömmlinge aus Baselland und den benachbarten Grenzgebieten meist in der Stadt blieben. Der Wanderungsgewinn des Kantons Baselstadt bewegte sich je nach der Wirtschaftslage zwischen 200 und 3650 Personen im Jahr, wodurch die Gesamtzahl der zwischen 1865 und 1900 in Baselstadt endgültig niedergelassenen Zuwanderer auf rund 40 000 Personen stieg, mehr als die Einwohnerzahl des Kantons zu Beginn dieses Zeitabschnittes betragen hatte.

Woher stammten nun diese Zuwanderer? Soweit es Schweizer waren, stellte noch immer Baselland das absolut und relativ höchste Kontingent, wenn auch sein Anteil gegenüber früher geringer war wegen der ständigen Ausdehnung des Einzugsgebietes, das für die Zuwanderung nach Basel in Frage kam. Dabei handelte es sich meist um Wanderlustige aus kleineren Bauerngemeinden des mittleren und oberen Baselbietes, weniger um Einwohner grösserer Gemeinden. So wohnten von 1000 im Bezirk Arlesheim Geborenen 1888 deren 90 in Baselstadt, während die entsprechenden Verhältniszahlen für die Zuwanderung aus den Bezirken Sissach und Waldenburg 107 und 131 lauten, für das solothurnische Dorneck dagegen nur 43 und für den badischen Amtsbezirk Lörrach 54. Die Landschäftler Arbeitskräfte eigneten sich zum Teil als gelernte Posamenter für die Seidenbandindustrie, andere begnügten sich aber als Ungelernte mit Hilfsarbeiterstellen in verschiedenen Industriezweigen der Stadt. Allerdings profitierten auch die Verkehrsbetriebe und der Handel zusehends mehr vom Zustrom billiger Arbeitskräfte, denn die Industrialisierung erreichte wohl schon vor der Jahrhundertwende innerhalb der Stadtgrenze ihren Höhepunkt (um 1900

waren hier von 100 Berufstätigen 52 in der Industrie tätig). Aus diesem Grund, wie auch wegen der Industrialisierung des Unterbaselbietes, ging denn die Zuwanderung aus Baselland von den 90er Jahren an etwas zurück. Die absolute Zahl der in Basel wohnenden Landschäftler Bürger überschritt um 1900 die Zehntausender-Grenze knapp, war also nicht viel geringer als heute, doch erreichte sie relativ mit 14,5% der Gesamtbevölkerung ein früheres Maximum bereits nicht mehr. Ihre Zahl hatte sich seit 1837 um 156% vermehrt, diejenige aller in Basel ansässigen Nichtbasler schweizerischer Nationalität jedoch um 392%.

In diesen Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende ging recht eigentlich das alte, wegen seiner Eigenart viel gerühmte und oft verspottete Basel im Bevölkerungsschmelztiegel unter; an seine Stelle trat eine aus zugewanderten Nichtbaslern schweizerischer Herkunft, Badensern und Elsässern gemischte Einwohnerschaft, der gegenüber die Altbasler mindestens zahlenmässig immer mehr an Bedeutung verloren. Es ergaben sich daher hier dieselben schwerwiegenden Probleme sozialer, politischer und kultureller Art wie in andern Schweizer Städten, wenn auch die Lösungsmöglichkeiten wegen der besondern Lage Basels nicht die gleichen sein konnten. Dass zu jener Zeit die städtische Bevölkerung zu einem beträchtlichen Teil «verbaselbietert» wurde, wird oft übersehen, ist jedoch bis heute mitbestimmend für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen den beiden Halbkantonen. Die damalige Bevölkerungsverschiebung schuf im wesentlichen die Grundlage der jetzigen Bevölkerungsstruktur Baselstadts.

Weniger eindeutig als in der Stadt sind die Grundzüge der Wanderbewegung im Bevölkerungsbild des untern Baselbietes [57]) zu erkennen, weil hier gleichzeitig Kräfte in verschiedener Richtung wirkten und sich oft gegenseitig aufhoben. Zunächst war das Unterbaselbiet, ähnlich wie die Stadt selbst, Wanderziel für Oberbaselbieter, Kantonsfremde und Ausländer; doch wanderte ein Teil der Zugezogenen schliesslich in die Stadt weiter.[58]) So verliessen in Binningen und Birsfelden von den Zugewanderten durchschnittlich über 50% nach spätestens fünf Jahren die Gemeinde wieder, in Münchenstein betrug die Zahl 47%. Je näher die Stadt lag, desto stärker wirkte sie als Magnet auf die noch nicht verwurzelten Neuankömmlinge. Was hier nach Basel zog, wurde freilich durch die Zuwanderung aus entgegengesetzter Richtung nur zum Teil ersetzt; da die Stadt zeitweilig gar nicht imstande war, die ihr zuströmenden Arbeitskräfte zu absorbieren, verteilten sich jeweils grössere Gruppen davon radial ausziehend in den stadtnahen Gemeinden von Baselland. Es handelte sich dabei in manchen Fällen um sozial weniger wertvolle Fernwanderer. (In Birsfelden zählte man um 1900 184 italienische Staatsangehörige = 5% der Gesamtbevölkerung.) In die Lücken rückten aus dem obern Kantonsteil und später in zunehmendem Masse aus den benachbarten Kantonen Bern, Solothurn und Aargau immer neue Einwanderer nach, die schliesslich das Gesicht der stadtnahen Gemeinden vollständig veränderten. Während in Allschwil noch 1860 67% der Bevölkerung im Orte selbst geboren worden waren, senkte sich diese Ziffer bis 1900 auf 44%, bis 1920 gar auf 38%; in Arlesheim ging die Zahl von 59% auf 34% und dann auf 28% zurück.

Das zahlenmässige Ergebnis dieser Wanderbewegung kommt in einer tiefgreifenden Bevölkerungsverschiebung innerhalb Basellands vom obern und mittleren Teil in den Bezirk Arlesheim deutlich zum Ausdruck. Dessen Bevölkerungszahl vermehrte sich zwischen 1860 und 1900 um rund 90%, in einzelnen Gemeinden, wie z. B. Birsfelden, stieg die Zahl sogar um über 150%, von 1870 bis 1880 allein von 1833 auf 3271 Personen; dagegen nahm

Basellands Gesamtbevölkerung in jenem Zeitraum nur um rund 33% zu, während die Bezirke Sissach und Waldenburg sogar geringe Abnahmen zu verzeichnen hatten. Die Bevölkerungsbewegung innerhalb des Kantons Baselland wurde als eigentliche Konzentrationsverschiebung in dieser Zeit vollkommen bedingt durch die Distanz der einzelnen Bezirke zur Stadt.

Die Zuwanderung in den Bezirk Arlesheim war damals viel weniger durch neue industrielle Arbeitsmöglichkeiten in den Dörfern als durch solche in der Stadt Basel bedingt. So ist auch zu erklären, dass die Bevölkerung der stadtnahen Gemeinden, die im allgemeinen weniger grosse industrielle Betriebe zählten als andere Ortschaften des Unterbaselbietes, den grössten Bevölkerungszuwachs aufwiesen. Damals setzte die Agglomerationsentwicklung ein, der Wandel der stadtnahen Gemeinden zu Vororten, die für viele nur noch Wohnort, nicht aber Arbeitsort waren. Birsfelden ging in dieser Richtung voran: schon in den 60er Jahren arbeitete ein grosser Teil der Bevölkerung als Posamenter in den städtischen Seidenbandfabriken; schliesslich wurde das Dorf zu einer allerdings noch primitiven städtischen Wohnkolonie, in der die spärliche Landwirtschaft immer mehr verdrängt wurde.[59]) Andere, entferntere Gemeinden folgten erst in den 80er und 90er Jahren, auch blieb dort der Anteil der in der Stadt Arbeitenden wegen der grösseren Entfernung zum Zentrum und als Folge eigener industrieller Arbeitsmöglichkeiten geringer als z. B. in Binningen und Birsfelden, wo er zeitweise 50% der in der Gemeinde wohnenden Erwerbstätigen überschritt.

Im Rahmen dieses Bildes stellten sich den Vororten schwerwiegende Fragen finanzieller, sozialer und politischer Art, die unter dem Sammelbegriff «Vororts problem» zu vereinigen sind. Schwer lastete der finanzielle Druck der wenig bemittelten, oft armengenössigen Wanderbevölkerung auf diesen Gemeinden, zumal, da im Hinblick auf die rasche Bevölkerungszunahme bedeutende bauliche und kulturelle Aufgaben zu lösen waren. Auch politisch bedeuteten die wenig verwurzelten, wanderlustigen Bevölkerungsteile zuweilen eine starke Belastung dieser ehemals bäuerlichen Gemeinden. Noch liess sich die Tragweite der neuen Situation nicht völlig übersehen, so dass an eine mehr als provisorische Lösung der aufgeworfenen Fragen vorläufig kaum gedacht werden konnte. Eines war immerhin bereits zu erkennen: die Anforderungen, die in diesem Punkt an die Vorortsgemeinden gestellt wurden, überstiegen bei weitem deren Leistungsfähigkeit. Wenn sich auch in der Stadt ähnliche Probleme ergaben und daher von einer Schicksalsgemeinschaft zwischen Basel und den Vororten gesprochen wurde, so waren dort doch die finanziellen und sozialen Voraussetzungen zum Teil andere, mithin auch die Lösungsmöglichkeiten nicht die gleichen wie in den Vororten.

Als Wanderungsreservoir, aus dem die Arbeitskräfte Richtung Basel strömten, diente zunächst der mittlere und obere Teil der Landschaft. Während die Gemeinden um Basel ihre Einwohnerzahl verdoppelten, ja beinahe verdreifachten, erlitten die Plateaudörfer, aber auch die Ortschaften an den alten, entwerteten Verkehrsstrassen, Bevölkerungsverluste von 8—15%, da der nicht unbeträchtliche Geburtenüberschuss den Wanderungsverlust nicht mehr zu decken vermochte. Reigoldswil zählte 1870 1409 Einwohner, 1900 dagegen nur noch 1298; Rothenfluhs Bevölkerungszahl fiel in diesem Abschnitt von 776 auf 647. In einem gewissen Sinne waren, wie bereits gezeigt worden ist, auch die Gemeinden des Unterbaselbietes Abwanderungsgebiet, doch wurde hier der Verlust durch ständig erneuerten Zuwachs bei weitem ausgeglichen; allerdings machte sich eine zunehmende Ueberfremdung bemerkbar, sobald sich einmal das Baselbieter Bevölkerungsreservoir zu erschöpfen begann.

Nun rückten nämlich aus immer entfernteren Gebieten jenseits der Kantonsgrenzen Zuwanderer nach. Die Anziehungskraft des Wirtschaftszentrums Basel wirkte sich zusehends auf weitere Landschaften südwärts des Juras aus. In Baselland stieg der Anteil der ausserhalb des Kantons Geborenen durch die in den Bezirk Arlesheim Zuwandernden zunächst langsam von 13,8% (1860) auf 17,5% (1900), womit die zukünftige rapide Entwicklung zur Ueberfremdung bereits angedeutet wurde (1941: 34,2%!). An dieser Verschiebung hatten bezeichnenderweise die Bürger der Kantone Zürich, Bern und Solothurn neben den Baselstädtern am meisten Anteil. Parallel zu dieser Verschiebung senkte sich in diesem Zeitraum der Prozentsatz der in der Landwirtschaft Tätigen von einem Drittel auf 24,8% aller Berufstätigen, woraus in verschiedenem Ausmasse Industrie (1900: 58,7%), Handel (3,8%) und Verkehr (4,1%) Nutzen zogen.

Im gesamtschweizerischen Bevölkerungsbild gehören die beiden Basel zu jenen Kantonen, deren Bevölkerungszunahme zwischen 1865 und 1900 über dem allgemeinen Durchschnitt lag, da der schweizerische Wanderstrom hier eines seiner Ziele fand. Die magnetische Kraft der Stadt Basel war sogar so gross, dass die damals allerdings weniger betonte politische Landesgrenze kein wirksames Hindernis gegen den Zustrom einer gefährlich grossen Zahl deutscher Einwanderer darstellen konnte. So verloren beide Halbkantone Wesentliches von ihrer bisherigen Eigenart, verwandelten sich unter dem zunehmenden Einfluss ortsfremder Bevölkerung zu neuorientierten staatlichen Gemeinschaften, ohne deswegen unschweizerischen Tendenzen zu verfallen.

Politische Wandlungen zu Stadt und Land

Das politische Gefüge beider Halbkantone konnte sich natürlich der Einwirkung so vieler umgestaltender Kräfte nicht entziehen; freilich entwickelte sich der Wandel auf der Landschaft äusserlich weniger sichtbar als in der Stadt, die durch die Verfassung von 1875 ein völlig neues politisches Gesicht bekam.

Baselland verharrte in der alten, seit der Trennung immer wieder sichtbaren Alternative, die die Regierungspartei einer vereinigten Opposition entgegenstellte. Hinter der Regierung und ihrem Organ, der «Basellandschaftlichen Zeitung», standen die bäuerlich-konservativen Kreise vornehmlich des obern und des mittleren Kantonsteils; die Opposition hingegen, vertreten durch den «Landschäftler», vereinigte eher fortschrittliche Elemente aller Parteifärbungen, die ihren Rückhalt im untern Baselbiet, hauptsächlich in der engern Heimat des Sozialreformers (Grütlianers) Stephan Gschwind, im Birseck, fanden. Die gleichen Politiker, die sich auf dem kantonalen Feld aufs schärfste bekämpften, arbeiteten jedoch auf eidgenössischem Boden als Freisinnige wieder eng zusammen. Die gesamtschweizerisch noch immer übliche, allerdings bereits überholte Gegenüberstellung von konservativen und freisinnigen Gesinnungsparteien konnte zweifellos nicht auf die Baselbieter Verhältnisse übertragen werden, insofern als es hier zahlreiche Freisinnige gab, die viel konservativer dachten als die liberalen Elemente unter den katholisch-konservativen Gruppen des Birsecks.

In Baselland lautete die politische Fragestellung im Zeichen der industriellen Entwicklung zeitgemäss: Soll die staatliche Autorität so sehr gestärkt werden, dass sie nutzbringend in

die privaten Verhältnisse eingreifen kann, und wie weit soll sie in wirtschaftlichen Belangen überhaupt intervenieren dürfen? Darin kamen bereits veränderte, nach ökonomischen Gesetzen orientierte Anschauungen zum Ausdruck. Die neue Verfassung, die 1892 vom basellandschaftlichen Souverän gutgeheissen wurde, beantwortete eigentlich schon die aufgeworfenen Fragen, verschaffte sie doch der Regierung endlich diejenigen Kompetenzen, die ihr bis dahin zum Regieren gefehlt hatten, und als pièce de résistance das Recht, regelmässig Staatssteuern einziehen zu lassen. Damit wurde ihr ein Instrument in die Hände gegeben, das der Staatsgewalt erlaubte, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft zu fördern, wie die Verfassung postulierte. Dass sie davon zunächst ziemlich spärlich und erst noch etwas einseitig zugunsten der Landwirtschaft Gebrauch machte, entsprach durchaus ihrer bäuerlichen Orientierung. Wenn nun die Staatsausgaben rasch zu steigen begannen, nachdem sie durch Jahrzehnte hindurch zufolge einer rigorosen Sparpolitik stationär geblieben waren, so trug dafür eher die vorwärtsdrängende Landratsopposition als die stets bedächtige Regierung die Verantwortung. Die Ausgabensteigerung hielt sich indessen gemessen an den Steuereinnahmen in erträglichen Grenzen, und von Schuldenwirtschaft konnte nicht die Rede sein, wiewohl der bereits vorauszusehende Uebergang zum Wohlfahrtsstaat oft bitterer Kritik rief. Die Umorientierung im Sinne sozialeren Denkens ging eindeutig von den in Handel und Industrie tätigen Bevölkerungsteilen aus; doch führte sie keineswegs zu einer einseitigen merkantil-wirtschaftlichen Betrachtungsweise, und darin erkennen wir wohl eine wichtige Folge der damals noch immer wirkenden Verbundenheit der Wanderbevölkerung mit der bäuerlichen Scholle.

Zum erstenmal seit der Kantonstrennung verlief die politische Entwicklung im Stadtkanton in gewisser Hinsicht parallel zu derjenigen auf der Landschaft. War der alte Gegensatz zwischen den beiden Teilen durch lange Jahrzehnte hindurch aus der verschiedenen politischen Grundauffassung der Bevölkerungen genährt worden, so führte jetzt die Bevölkerungsvermischung zwangsläufig zu einer politischen Angleichung der Stadt an die in der Schweiz allgemein vorherrschende politische Richtung. Noch in den 60er Jahren bildete Basel innerhalb unseres Landes eine konservative Insel, die ihre politische Unversehrtheit hauptsächlich der langen Abschliessung gegen aussen verdankte; doch mit der zunehmenden Einwanderung von jenseits der Landes- und Kantonsgrenzen wuchs die Aussicht der Radikalen, das alte Ratsherren-Regiment aus den Angeln zu heben. Daran änderte auch die Zusammenarbeit nichts, die die zahlreich einwandernden Katholiken und die protestantischen Konservativen in manchen Punkten verband, solange keine eigentliche katholische Partei bestand.

Die radikale Partei bildete das Sammelbecken der Neuankömmlinge; ihre Führer gehörten zum Teil alteingesessenen Handwerkergeschlechtern, zum Teil selbst der immer mächtiger werdenden Schicht von Kleinbürgern und Arbeitern an. Sie stellten denn auch die Forderung auf politische Gleichberechtigung der Niedergelassenen in den Vordergrund. Daneben galt ihr Anliegen dem Ausbau der Volksrechte (Wahl der Regierung durch das Volk, Initiative und Referendum), dem Arbeiterschutz und einem Schulprogramm aufklärerischer Prägung. Demgegenüber hielten die Konservativen alter Richtung bewusst an der politischen Benachteiligung der Zugewanderten fest; so besassen diese um 1870 im Grossen Rat sozusagen keine Vertreter, obschon allein die Schweizer Bürger unter ihnen mehr als 40% der Gesamtbevölkerung zählten, von den Ausländern gar nicht zu reden.

Hier fanden nun die Radikalen die geeignete Unterstützung, als sie 1875 zum grossen Schlag gegen das konservative Regiment ausholten; vielleicht war aber für ihren Sieg die Resignation ausschlaggebend, die manchen Altbasler die konservative Sache schon lange hatte verloren geben lassen. Diesem Verzicht auf traditionelles Gedankengut entsprach auch die Bildung einer stets kompromissbereiten, auf die Dauer erfolglosen Mittelpartei. Die neue Kantonsverfassung von 1875, die eine erste Gruppe radikaler Forderungen verwirklichte, eröffnete eine fünfzehnjährige Uebergangszeit, während der sich das radikale Regiment endgültig installierte und die Konservativen die Rolle der Opposition übernahmen. Den Abschluss bildete das moderne Grundgesetz von 1890, ein Werk nüchterner radikaler Staatskunst, das wenig verändert bis zum heutigen Tag die Basis des politischen Lebens im Stadtkanton darstellt.

Damit rückte eine Garnitur neuer politischer Führer mit zum Teil fremdländischen Namen, voran Wilhelm Klein, ins erste Glied und verdrängte mehr und mehr die Angehörigen altbaslerischer Geschlechter. Merkwürdig sang- und klanglos vollzog sich dieser Wechsel und bedeutete doch nichts Geringeres als den Abschied vom alten, traditionsreichen Basel der Ringmauern und der Zünfte, den Beginn einer neuen, verheissungsvollen Aera, deren Träger zum grossen Teil ausserhalb der Stadt geboren, stadtfremdes Gedankengut ererbt hatten. Der grosse Wandel lässt sich auch daran ermessen, dass heute sowohl in der städtischen Regierung als auch unter den nach Bern abgeordneten Parlamentariern des Kantons Baselstadt nur noch ausnahmsweise Vertreter alteingesessener Geschlechter zu finden sind; Neubasler in der ersten und zweiten Generation und Nichtbürger bestimmen weitgehend den politischen Kurs.

Welchen Anteil hatten die vielen tausend in Basel ansässigen Landschäftler an der Neugestaltung des politischen Lebens? Es scheint, dass sie unter den Zugewanderten eher zu den Gemässigten gehörten, ja sogar als Seidenbandweber länger als andere Arbeiter den konservativen Unternehmern auch ihr politisches Vertrauen schenkten. Jedenfalls suchen wir unter den Hauptgestalten der radikalen Bewegung vergeblich nach einem Baselbieter; ihre geringe soziale Stellung prädestinierte sie eben kaum zu einer Führerrolle. Was der spätere Bundesrat Emil Frey als Redaktor der «Basler Nachrichten» und später der «National-Zeitung» an liberalen Gedanken vertrat, entsprach im allgemeinen der gemässigten Haltung seiner Landsleute in der Stadt. Welch ein Gegensatz zu den turbulenten Szenen, die sich kurz nach der Trennung zwischen Städtern und Landschäftlern unter den Toren Basels abspielten!

Die gegenseitigen politischen Beziehungen

Wohl am krassesten trat die veränderte Situation auf dem Gebiete des politischen Verhältnisses zwischen den beiden Halbkantonen zutage. Was sich in den früheren Jahrzehnten gestritten, verhöhnt und abgestossen hatte, vertrug sich nun in bester Freundschaft, und die Schweizer Presse bekam keine Gelegenheit mehr, ihre Spalten mit Nachrichten über den Basler Kleinkrieg zu füllen. Die Atmosphäre schien wie nach einem schweren Gewitter gereinigt, nur fernes Donnerrollen erinnerte gelegentlich noch an Vergangenes.

Freilich waren auch inzwischen die Voraussetzungen beidseits der Birs ganz andere geworden. Von den während und nach der Revolutionszeit aktiven Politikern waren die meisten bereits ins Grab gesunken, ohne ihren tiefen Groll auf die heranwachsende neue Generation zu übertragen. Wenn auch die schriftlichen Zeugnisse der bitteren Vergangenheit, als da sind Streitschriften, Augenzeugenberichte u. a., noch allenthalben verbreitet waren, so wirkten sie doch nicht mehr so wirklichkeitsnah wie die Worte lebendiger Zeugen. Einen Ausgleich schuf dann vor allem der politische Wandel in der Stadt, der ja nicht zuletzt auf die zugewanderten Landschäftler zurückzuführen war und die Ueberbrückung der ideologischen Kluft erst ermöglichte. Die Neubürger und die Niedergelassenen, in Basel nun die massgebende Schicht, standen als Abkömmlinge von Bauern zunächst wenigstens noch in einem viel engern Verhältnis zur Landschaft als die Altkonservativen. Wenn sie auch in der neuen Umgebung viele bäuerliche Eigenarten — manchmal zu ihrem Nachteil — allmählich aufgaben, so verleugneten sie doch in der geistigen Grundhaltung ihre Herkunft nicht, woher sie auch immer zugewandert sein mochten. Anderseits brachte die wirtschaftliche Entwicklung auch die Baselbieter Bevölkerung, nicht zuletzt die Bauern, dem Verständnis städtischen Wesens näher. Wer aus den Vororten in der Stadt seiner Arbeit nachging, musste sich tagtäglich damit auseinandersetzen, ja er trug schliesslich unmerklich dazu bei, dass sich städtische Züge im Leben der stadtnahen Gemeinden mehrten. Hier begegneten sich die beiden Lebensformen, gerieten in Widerstreit, der erst im Verlaufe des 20. Jahrhunderts zugunsten der Stadt entschieden werden sollte. Die bäuerlichen Kreise behaupteten demgegenüber im grossen und ganzen ihre Eigenart im Verhältnis zur Stadt; doch zeigten sie auch mehr und mehr Verständnis für städtische Lebensform, je enger ihre wirtschaftlichen Verbindungen mit den Konsumenten wurden.

Unter solchen Voraussetzungen gründeten sich die offiziellen Beziehungen zwischen Liestal und Basel im allgemeinen auf Achtung und gegenseitiges Vertrauen, ebensosehr aber auch auf Respektierung der Eigenart eines jeden Teiles. In diesem Geiste wurden mehrfach interkantonale Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen über Grenzfestlegung und -berichtigung an der Birs und im Margarethenpark geführt; dabei zeigte sich der basellandschaftliche Direktor des Innern, Regierungsrat G. A. Rebmann, als äusserst loyaler, wohlwollender Verhandlungspartner, der den Wünschen des Kantons Baselstadt mit grösstmöglichem Entgegenkommen begegnete.[60])

Auch die Haltung der beiden Volksvertretungen und der Presse gab eigentlich selten Anlass zu Spannungen mehr als vorübergehender Art. Zu sehr fesselten die wirtschaftlichen Probleme die Aufmerksamkeit aller, als dass noch Raum für tiefgreifende politische Streitigkeiten, wie sie die Vergangenheit beherrscht hatten, übrig blieb. Nach aussen brachten vielleicht die zahlreichen gemeinsamen Festanlässe der Sänger, Turner und Schützen beider Halbkantone die neue Einstellung am deutlichsten zum Ausdruck, verbindende Feiern echt patriotischer Gesinnung, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in dieser Form kaum möglich gewesen wären.

Ist es erstaunlich, dass in dieser Atmosphäre sich erneut Bestrebungen zur Wiedervereinigung der beiden Basel geltend machten? Allerdings hatte sich der Schwerpunkt dieser Aktionen nun gegenüber früher eindeutig verlagert, nämlich in die stadtnahen Gemeinden Basellands, während im Oberbaselbiet nur noch selten, in der Stadt noch nicht von einer solchen Verbindung die Rede war. Wenn wir von den wirtschaftlichen Motiven, die nun

in erster Linie massgebend waren, absehen, erkennen wir in diesen wenig stosskräftigen Einzelaktionen zur Wiedervereinigung zum Teil zentralistische Tendenzen, die gerade im Augenblick der nationalen Einigung zweier Nachbarstaaten auch in der Schweiz aktuell waren. Interessant ist in dieser Hinsicht die Reaktion der Presse auf die öffentliche Erklärung eines Wiedervereinigungskomitees, die Ende Januar 1875 durch eine Korrespondenz in der Zürcher Presse provoziert worden war. Der «Bund» und die «Neue Zürcher Zeitung» begrüssten die darin enthaltene Ankündigung einer Wiedervereinigungsaktion mit warmen Worten, mussten aber zu ihrem Bedauern fast einhellige Ablehnung der Anregung durch die Baselbieter Zeitungen aller Richtungen und eine höchst frostige Aufnahme in der Stadt feststellen. Wenn die «Neue Zürcher Zeitung» in einem redaktionellen Artikel im Hinblick auf eine mögliche Wiedervereinigung der beiden Basel auch andern Halbkantonen, ja sogar einzelnen ganzen Kantonen empfahl, «auf ihre Sonderexistenz zu verzichten, um sich zu einem grösseren Ganzen zu vereinigen», dann verriet sie damit eine erstaunliche Unkenntnis der staatlichen Struktur unseres Landes.[61]) Diese Meinung, siebzig Jahre später vertreten, hätte wohl die Bedenken der Föderalisten gegen die Basler Wiedervereinigung zu begründen vermocht. Auch die wohlwollenden Worte, die der «Farnsburger Bote», sozusagen als einzige Landschäftler Zeitung, für die Wiedervereinigungsaktion übrig hatte, konnten das Komitee nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine Anregung auf unfruchtbaren Boden gefallen und daher eine Weiterführung der Aktion aussichtslos war. Damit verschwand das Problem Wiedervereinigung im weiteren Sinne des Wortes für längere Zeit aus Abschied und Traktanden. Die Erinnerung an eine gemeinsame staatliche Existenz der beiden Teile begann zu verblassen, und so fehlte allseits der Impuls, der frühere Aktionen in dieser Richtung bewegt hatte.

Was in den 80er und 90er Jahren als Wiedervereinigungsbewegung an die Oeffentlichkeit trat, entsprang nur noch wirtschaftlichen Gründen und fand daher hauptsächlich im Unterbaselbiet ein günstiges Echo. Die grossen Probleme, die im 20. Jahrhundert die beiden Kantone beschäftigen sollten, begannen sich hier immer deutlicher abzuzeichnen. Nur so ist die Anregung zu verstehen, die Obergerichtsschreiber E. Richard in einer Broschüre wie auch in einer Artikelserie in den «Basler Nachrichten» Ende Dezember 1887 einer weiteren Oeffentlichkeit unterbreitete. Im Hinblick auf die eben aktuelle Verfassungsrevision in Baselland schlug er eine Aktion zugunsten der Eingemeindung Binningens, Birsfeldens und Neu-Allschwils in den städtischen Staatsverband vor, wobei zu beachten ist, dass Basel durch die 1875er-Verfassung die Einwohnergemeinde-Kompetenzen an die kantonalen Behörden delegierte. Also hätte es sich nicht um eine Eingemeindung im üblichen Sinne handeln können, es sei denn, Basel würde seine Verfassung dem Postulat Richards angepasst haben. Es mag überraschen, dass die Aktion Richards gerade in den «Basler Nachrichten», dem ehemaligen Organ Emil Freys, eingeleitet wurde, denn Frey, übrigens mit Richards Familie befreundet, dürfte bei allen Sympathien, die er für Basel empfand, in diesem Punkt mit dem Initianten nicht einig gegangen sein. War diese Haltung der «Basler Nachrichten» für den aus Washington zurückkehrenden Schweizer Gesandten vielleicht mit ein Grund, einen Redaktionsposten bei der «National-Zeitung», nicht mehr bei seinem früheren Leibblatt, anzunehmen?

Wohl im Zusammenhang mit der Anregung Richards unternahmen Gemeindevertreter von Binningen und Birsfelden einen Schritt beim Präsidenten des baselstädtischen

Regierungsrates, allerdings ohne im Namen der Gemeinde oder ihrer Behörden sprechen zu können. Sie wurden am 9. Februar 1888 von Dr. Ernst Brenner, dem späteren Bundesrat, empfangen und wünschten Auskunft darüber, ob Baselstadt bereit wäre, ein Abkommen über gemeinsame Verwaltung der wichtigsten staatlichen Zweige mit den beiden Gemeinden abzuschliessen, und ob die Stadt dem Gedanken einer totalen oder teilweisen Wiedervereinigung günstig gesinnt sei. Brenner erklärte vorsichtigerweise, hierauf nicht antworten zu können, wenn keine Anfrage des Regierungsrates von Baselland vorliege. Er weigerte sich auch, seine persönliche Ansicht bekanntzugeben, und verwies die Delegation auf die gesetzlichen Mittel, durch die in Baselland die entsprechenden Schritte veranlasst werden könnten. Zum erstenmal tauchten in dieser Diskussion Klagen über drückende finanzielle Belastung der Vorortsgemeinden auf.[62])

Die kalte Douche Brenners allein hätte wohl genügt, um den Befürwortern von Richards Plan jegliche Hoffnung auf Verwirklichung zu nehmen. Nun meldeten sich aber auch die ablehnenden Stimmen aus dem Lager der Wiedervereinigungsfreunde, die sich mit einer partiellen Vereinigung ebensowenig zufrieden geben wollten, wie die Freunde eines selbständigen Baselbietes mit der Abtretung einzelner Gemeinden. So verlief die Aktion schliesslich im Sande, doch lebte der Gedanke einer beschränkten Eingemeindung seither wenigstens in den stadtnahen Gemeinden weiter.